

# Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

N 120

Dienstag, den 27. Mai

1919.

## Der Kurssturz der Kriegsanleihe.

Die Zentralkommission der Preussischen Landesversammlung hat folgende förmliche Anfrage eingebracht:

Welche schleunigen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um eine weitere Entwertung der Kriegsanleihen und damit eine Gefährdung der Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft zu verhindern?

Dass diese Anfrage in der Preussischen Landesversammlung und nicht in der Deutschen Nationalversammlung gestellt wird, ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Tagung der Nationalversammlung zurzeit unterbrochen ist, während die Preussische Landesversammlung gestern zusammengetreten ist. Die Entwertung der Kriegsanleihe hat seit Bekanntgabe der Friedensbedingungen einen derartigen Umfang genommen, dass tatsächlich unser ganzes Wirtschaftsleben auf das Äußerste bedroht erscheint. Die Anleihen, welche in den Kriegsjahren zum Kurse von etwa 98 v. H. ausgegeben wurden, sind Anfang dieser Woche im freien Börsenverkehr bis auf einen Reststand von 72,75 v. H. heruntergegangen. Am gestrigen Tage trat eine Erholung bis auf 75,75 v. H. ein. Somit ergibt sich für die Besitzer der Kriegsanleihen ein Kursverlust von etwa 23 v. H. Dieser Verlust trifft nicht nur den privaten Kapitalisten, welcher zur Hilfförderung von Kriegsanleihen aus geschäftlichen oder sonstigen Gründen gezwungen ist, überaus hart, sondern er greift auch in bedenklichem Maße die Grundlagen an, auf denen unsere großen Kreditinstitute, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und die weitaus größte Anzahl aller industriellen Unternehmungen ruhen, so dass schärfende Maßnahmen der Regierung wünschenswert sind, sofern sich derartige Schritte überhaupt mit Aussicht auf Erfolg durchführen lassen.

Es zeigt sich jetzt mit erschreckender Deutlichkeit, auf welchem falschem Wege wir gewandelt sind, indem die Reichsregierung die Finanzierung des Krieges fast ausschließlich durch Inanspruchnahme von Krediten durchführte, von rechtzeitigen Steuermaßnahmen abließ und den Kriegsgewinn in letzterem Gelebensstadium, ihr Schicksal ins Trockene zu bringen. Jetzt bittet unser ganzes Volk die Vertrauensseligkeit, mit der es in vaterländischer Willigkeit dem Reiche 98 Milliarden Mark durch Übernahme von Kriegsanleihen und Schatzanweisungen zur Verfügung stellte. Bis auf den letzten Blutstropfen sind Hunderttausende von Sparern und kleinen Kapitalisten durch eine Finanzpolitik ausgepreßt worden, deren Verfehlung von ihren Erhebem noch bis in die jüngste Zeit trotz scharfer Kritik, die oft an ihr geübt wurde, nicht erkannt oder wenigstens nicht zugegeben worden ist.

## Anna Wedekind.

Roman von Dr. Bruno Wagner.

87)

(Nachdruck verboten.)

Ganz anders hatte Frau Pastor Wedekind die Sache aufgenommen. Sie hatte noch einen letzten Versuch gemacht, Anna umzustimmen, hatte der Tochter Mitleid mit dem stillschweigender macharufen versucht, der nun gewiss sein ganzes Leben verträumt stehen würde, ein fester Barmut für sie, die ihn verkannt habe. Und als sie eintrat, sah alles umsonst war, frag sie an, die Tochter anzulassen, die, unfindlich, lieber dem eigenen törichten Herzen folgte, als das sie den wohlmeinenden Rat der Eltern beachtete. Das sei der böse Geist der neuen Zeit, der die Jugend verwirre und auflöslich mache. Als ob die Eltern nicht auch hätten eintragen und verzögert müssen!

Und dann war die Frage gekommen, was nun geschehen sollte.

Blas und schweigend hatte Anna neben dem Lehntische des Vaters gesessen und die Ermahnungen und Barmut der Mutter über sich ergehen lassen. Jetzt war der Augenblick da, um sich mit Widerstandskraft zu wappnen.

„Daron, daß du jetzt nach Hannover zurückkehrst, kann doch nun keine Rede mehr sein“, hatte die Mutter gesagt. „Was wollest du denn jetzt in Hannover? Dein Besuch bei den Verwandten sollte dir Gelegenheit geben, unter fremden Einbrüden den Wert des Elternhauses erkennen zu lernen und dir die täglichen Begegnungen mit dem Mome ersparen, auf dessen Werbung du dir Bedenkzeit ausgeben hastest. Du hast jetzt entschieden — leider nicht im Sinne deiner Eltern — was soll es da für einen Zweck haben, unserm lieben Hübschrediger noch weiter aus dem Wege zu geben?“

Trampfhaft hatte Anna ihre Hand um die ihres Vaters geschlungen, die auf der Lehne des Stuhles neben ihr lag. „Und mein Gelangsunterricht!“ kam es halb-erschrocken aus ihrer Kehle.

Jeder Kursrückgang der Kriegsanleihe um 1 v. H. bedeutet auf die ausgegebenen 88.646 Mill. Mark Kriegsanleihen eine Minderung des Nationalformögens um mehr als 886 Mill. Mark. Demnach liegt bei dem gestrigen Schlüsskurs an hiesiger Börse ein Kapitalverlust von über 20 Milliarden Mark auf Kriegsanleihe, wogegen noch mehr als zwei Milliarden Kursverlust auf Schatzanweisungen kommen.

Bisher hat sich die Reichsregierung darauf beschränkt, den Kurs der Kriegsanleihen dadurch zu stützen, daß man einzelnen Personen, die sich als Zeichner ausweisen, von ihrem Besitz an Kriegsanleihen Einzahlungen von 2000 Mark zu einem festen Kurse abnahm, der sich anfangs etwa 1 1/2 v. H. unter dem Ausgabekurs hielt und sich in letzter Zeit bis auf 87 1/2 senkte. Diese Geschäfte wurden teils direkt durch die Reichsbank, teils in deren Auftrag durch die privaten Großbanken vermittelt. Außerdem aber intervenierte schon seit Monaten die Reichsbank im freien Markt an der Börse, woselbst der Kurs zuletzt noch um 10 bis 15 v. H. unter dem vorzugewiesenen Rückkaufkurs der Reichsbank zurücklag. Auf diese Weise hat die Reichsbank Hunderte von Millionen Reichsmark an den Börsen für die zurückgekauften Anleihen und hat überdies noch den Nutzen aus dem Unterschied zwischen Ausgabe- und Rückkaufkurs. Aber damit ist dem Volke nicht geholfen, denn der Wert der Banknoten, die nach dem heute veröffentlichten Bankausweis vom 15. Mai nur noch eine Golddeckung von etwa 6,4 v. H. haben, sinkt immer mehr, und die im Umlauf befindlichen wachsende Inflation verschlechtert weiter die allgemeine wirtschaftliche Lage.

Es bleibt nun abzuwarten, welche Antwort Reichsregierung und Reichsbank auf die Anfrage des Zentrums in der Preussischen Landesversammlung geben werden. Doch neben den Ängstlichen des Publikums leidet auch spekulative Leerverkäufer einen Druck auf den Kurs der Kriegsanleihen ausüben, haben wir schon selber hervorgehoben. Gegen eine solche Sabotage sind börsenrechtliche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen. Sie würden aber nur eine beschränkte Wirkung ausüben können und nur nebenbei in Betracht kommen. Aufgabe der Personen, die die Staatskasse gründlich verhehren haben, ist es, einen Weg zu zeigen, der zur Gesundung führen kann. (F. R.)

## Bestellt den „Gesellschafter“!

„Den wirst du natürlich aufgeben“, sagte die Mutter sehr entschieden. „Deine Eltern sind nicht musikalisch, wie Uble es ist. Als seine Frau hätte dir ein hübsches Hausmädchen vielleicht nicht geschadet, obwohl er selbst Bedenken hatte, der Eitelkeit der Welt Jugendstümpfe zu machen. Aber was willst du bei uns mit deinem Gesange? Das wäre eine unnütze Ausgabe.“

Der Pastor schüttelte den Kopf. „Bist du nicht ein wenig zu hart, liebe Frau? Ich habe meine eigene Freude an der schönen Stimmlaute gehabt, die Anna uns in der Kirche vorgelesen hat.“

„Daron braucht sie sich doch aber nicht bei einer teuren Lehrerin ausbilden zu lassen. Das ist ja beinahe, als ob sie Klavierspieler werden wollte.“

Die Frau Pastorin strich sich mit der Hand die Schürze glatt, immer ein Zeichen bei ihr, daß sie eine Sache als abgetan betrachtet wissen wollte.

Anna hatte ihren Entschluß gefaßt; jetzt mußte sie doch sprechen. „Vater, Mutter“, begann sie, „wir haben uns doch lieb — aber darum darf ich euch auch nichts verheimlichen. Es handelt sich um mein Lebensglück. Ich habe mich unglücklich gefühlt, ich habe mich fortgeschaut, weil mir so eng war zu Hause, weil ich keine Aufgabe hatte, die mich ausfüllte. Und nun habe ich das Glück von ferne gesehen, nun habe ich erkannt, daß ich doch eine Aufgabe habe — und meine Kunst, von der ich noch weit entfernt bin, und die mich dennoch lockt, ihr nachzustreben. Und nun soll ich auf das alles verzichten?“

„Deine Kunst?“ Die Frau Pastorin war aufgestanden und warf ihrer Tochter einen Blick sarkastischer Erfahrung zu. „Du hättest keine Aufgabe gehabt? Es ist dir zu eng gewesen im Elternhause? Und nun kommst du uns mit deiner Kunst? So etwas mag in schlechten Romanen vorkommen, aber meine Tochter, ein Kind dieses Hauses, soll nicht so sprechen. Wir haben es nicht nötig, unser Kind in die Welt zu stoßen, damit es vor fremden Leuten kenne. Oder ist es bloß die Eitelkeit, die dich reizt? Du hast hier deinen schönen Blickenkreis, und du weißt, was der Herr von denen logt, die auch im geringsten treu gewesen sind.“

## Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 24. Mai. Die württ. Landesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzesentwurf Hartzscheins (S) betr. Vermehrung von Feuerungsanlagen aus der Pensionskasse für Körperbeschädigte in 3. Beratung einstimmig genehmigt und sodann entsprechend dem vom Abg. Waller (Z) erstatteten Bericht des Vorstandes die Zurücksetzung des Rangleiters der früheren Eisen Kammer, Obergewerksrats Eduard Schmidt beschlossen. Das Haus ging dann über zur Beratung des abgedruckten Gesetzentwurfs betr. Feuerungsanlagen für Beamte, der nunmehr eine Forderung von 22,4 Millionen enthält. Die Erhöhung ist inzwischen notwendig geworden weil inzwischen Verhandlungen mit den hauptsächlichsten Staatsarbeitergruppen über den Abschluß von Tarifverträgen fortgeschritten haben und die künftigen Arbeiterlöhne eine wesentliche Erhöhung der Feuerungsbezüge der Beamten und Pensionäre notwendig gemacht haben. Diese Erhöhung der Löhne der Arbeiter wird aber, wie Finanzminister Reichling in der Begründung der Vorlage ausdrücklich bemerkt, nur für ganz kurze Zeit bezahlet werden können. Abg. Bagille (SP) bemängelte, daß die Beamten, die vorwiegend geistige Arbeit leisteten, eine geringere Zulage erhielten als die andern, während Frau Zeikin (US) von den allgemeinen sozialen Gesichtspunkten bei der Verteilung der Zulagen sich sympathisch berührt fühlte. Die Vorlage nebst einer Einschließung wurde einstimmig angenommen. Eine längere Erörterung entspann sich über die Frage der Auslieferung des deutschen Kaisers, der Verhinderung in 2. Anträgen Bagille (SP) und Plank (D) gefordert wurde, während ein Antrag Zeikin (US) zwar nicht die Auslieferung an die Entente, aber die Auslieferung des Kaisers an Deutschland und seine Stellung vor ein besonderes Gericht verlangt hatte. Diesen Antrag hatte der staatsrechtliche Ausschuss einstimmig abgelehnt, da durch das preussische deutsche Staatsrecht ein Kontrahent für seine Regierungshandlungen nicht verantwortlich gemacht werden und da vom Standpunkt des sittlichen und nationalen Empfindens aus eine Auslieferung des Kaisers nicht in Betracht kommen könne, überdies das holländische Recht verletzt würde. Ein Antrag der Sozialdemokratie wünschte, bei der Nationalversammlung und beim Staatsanwaltschaft auf eine Klärung der Ursache des Krieges sowie darauf hinzuwirken, daß falls ein strafgesetzliches Verbrechen einzelner Personen nachgewiesen werde, diese soweit sie strafbar sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Abg. Dr. Wolff (SP) wandte sich gegen diesen Antrag mit dem Hinweis, wenn im folgenden Augenblick die Rede von Beschuldnen

Anna stand wie betäubt. „Vater, Vater, hilf du mir doch!“ schrie sie plötzlich auf und sank neben dem Greise in die Arme und neigte seine Hand mit ihren Tränen. Er streichelte sanft mit der Hand ihr Haar.

„Sei ruhig, mein Kind“, sagte er. „Du hast deinen Eltern sehr wehe getan. Wir haben geglaubt, dir eine glückliche Jugend gegeben zu haben, und du hast gedurft. Das ist schmerzhaft. Doch nun und jetzt nicht die Rede, um dich handelt es sich. Hast du denn dich geprüft, ob du auch stark genug bist, die selbstgewählte Aufgabe auf deine Schultern zu nehmen? Ich glaube, auch die Kunst will ernste Arbeit, und der Aufstellungen sind viele auf dem Wege. Kind, Kind, wirst du ihnen gewachsen sein? Hier bist du im ruhigen Hafen, und du drückst dich auf wogendem Meere. Deine Mutter und ich werden uns bangen um dich, daß du nicht Schaden nimmst an Leib und Seele. Denn das glaubst du uns doch, daß wir nur an dich denken und dein Bestes wollen?“

Da hob Anna den Kopf und sah den Vater unter Tränen an und rief aufstehend eilte sie zur Mutter und schlang ihr Arme um ihren Hals.

Der Varrer lächelte vor sich hin. „Die Jugend, die Jugend! Da hat man das Hämmchen geschlachtet und gebrat, und nun es groß geworden, wrenzt es des Hauses Dach, weil es glaubt, auf die Sonne nicht verzichten zu können. Glückliche Selbstsucht der Jugend!“

Seine Frau hatte sich von der Umarmung der Tochter losgemacht und sah verständiglos in das milde Greisenantlitz.

„Du redest ihr natürlich das Wort; und dabei weiß ich doch, wie gerade du so große Stücke auf Uble hältst und dir das Glück der Kinder ausgemalt hast.“

Er nickte nur. „Glück? Was ist Glück? Am Ende muß der Mensch doch selbst sein Glück sich stimmern. Wohl ihm, wenn er dabei vor seinem Gott besteht!“

(Fortsetzung folgt.)

sel, des bloß Wasser auf die Mühle unserer nachsichtigen Gegner wäre. Demgegenüber hielt Abg. v. Klene (3) es für bedenklich, den sog. dem. Antrag abzulehnen, der nur eine allgemeine Klarstellung der Ursachen des Kriegs wünsche. Abg. Hofentien (5) wandte sich gegen verschiedene polemische Vorwürfe des Abg. Holska (18) und betonte, seine Partei sei gegen den Antrag Jektin aus Gründen der Konsequenz, daß das Völkerrecht der Staaten nicht angefaßt werden und wegen politischer Verbrechen Auslieferungen aus solchen Staaten nicht erfolgen dürften. Abg. Hausmann (9) hielt es nicht für richtig, in einem Augenblick die Auslieferung in bestehendem Sinn zur Sprache zu bringen, in dem die Entente die Haltung einnehme, Deutschland für den allein Schuldigen und sich für den Unschuldigen zu erklären. Er mahnte zu einer würdigen Haltung und betonte das Ergebnis der Tzue der Schwaben zum Reich. Abg. Frau Jektin (18) hoffte, daß die Weltrevolution sobald als möglich das Dokument des Friedensvertrags zerreißt; das Herz der Weltrevolution sei Deutschland. Staatspräsident Dlos erklärte, wenn kein Frieden zustande komme, würden die zur Erörterung stehenden Fragen auf die lange Bank geschoben. Sedenfalls werde die Regierung die geduldeten Wünsche und Beschlüsse der Zentralgewalt gegenüber als Auffassung des würt. Volkes zu betrachten. Der gemeinsame Ausschlußantrag in der vom Abg. Stöbel (23) beantragten Fassung „Auslieferung von Deutschen, insbesondere des Deutsche-Kaisers“ wurde gegen die Sozialdemokratie und die Unabhängigen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Bürgerpartei angenommen worden, wenn sich nicht inzwischen die Beschlussfähigkeit des Hauses herausgestellt hätte, sodas die Abstimmung wiederholt werden muß. Die Festlegung der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen.

### Tage Neuigkeiten.

#### Clemenceau über die wirtschaftlichen Bedingungen.

Paris 24. Mai. (Havas.) Clemenceau sagt in seiner Antwortnote auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages, daß die Darlegungen der deutschen Delegation ganz ungenügend und stark übertrieben seien.

Die Antwort bemerkt, daß die deutsche Bevölkerung um 6 Millionen vermindert wird. Andererseits bildet die Wegnahme der deutschen Tonnage eine unabänderliche und notwendige Forderung wegen des unerbittlichen Kampfes gegen die Handelsflotte der Welt. Die Schiffe, die man Deutschland wegnimmt w. l. stellen nicht einmal den dritten Teil der auf unverantwortliche Weise zerstörten Tonnage dar. Die vollste Einfuhr der Karloffeln ist für 3 Jahre vorgesehen. Die Lage ist die gleiche für die Phosphate, die Deutschland vor dem Kriege einfuhrte und die es auch noch weiter einführen kann. Deutschland wird weiter ein Viertel seiner Kohlenproduktion verlieren, aber diese Kohle kommt aus übertragbaren Gebieten und es bleiben Deutschland 80 Millionen Tonnen Braunkohle. Außerdem wird die Kohlenproduktion in den nicht übertragbaren Gebieten, die vor dem Kriege gemacht ist, noch weiter wachsen. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland die durch die systematische Zerstörung in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs hervorgerufenen Ausfälle decken muß. Wenn Deutschland gezwungen ist, Eisen und Zink einzuführen, so befindet es sich in derselben Lage wie viele andere Länder. Die Darlegungen der deutschen Note über die Zukunft der deutschen Industrie sind sehr übertrieben und rechnen nicht damit, daß das durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Unglück allgemein ist. Die deutschen Voraussetzungen über die zukünftige Bevölkerung sind zweifelhaft, und wenn Deutschland von den Verlusten spricht, die es nach dem Kriege an der Bevölkerung erleiden wird, so vergißt es die viel beträchtlicheren Verluste, die die Allierten infolge seines Angriffs erlitten haben. Uebrigens beruht die Zahl der Verluste, die durch die Blockade verursacht sein sollen, auf einfachen Hypothesen. Ein Land kann auch ein großes Industriegebiet sein, wenn es nicht selbst seine Rohprodukte produziert. Dasselbe ist der Fall bei England. Außerdem ist das deutsche Gebiet nie unter Plünderungen und Verwüstungen. Die intakten Dämme, die ihm bleiben, werden mit seiner Ausfuhr, müssen für seine Wiederaufbauung und Entwicklung genügen. Die Reduzierung der militärischen Ausgaben wird diese Wiederaufbauung erleichtern. Die Note schließt: In dem ungeheuren Weltungslück ist der Anteil, den Deutschland auf sich nehmen muß, an seiner Schuld und nicht an seinen Missetaten zu messen. Die Nationen Europas werden lange an einer beinahe zu schweren Last zu tragen haben, die ihnen durch den deutschen Angriff auferlegt worden sind. Es ist gerecht, daß Deutschland, das dieses Elend „verursacht“ hat, es im vollen Umfang seiner Mittel wieder gut macht. Seine Leiden haben nicht ihre Ursachen in den Friedensbedingungen, sondern in den Taten derjenigen, die diesen Krieg hervorgerufen und verlängert haben. Die Urheber des Krieges dürfen den gerechten Folgen nicht entgehen.

#### Die feindlichen Expreßes.

Berlin. Der „Vorwärts“ sieht in der englischen Väterdrohung mit Beschließung friedlicher deutscher Städte für den Fall der Nichtunterzeichnung des sogenannten Friedensvertrags durch Deutschland einen Expreßes und schreibt, da Deutschland im Falle der Nichtunterzeichnung keine kriegerischen Handlungen beabsichtigt, wäre die Be-

schließung friedlicher deutscher Städte ein Verbrechen, dessen Begehung die Welt nicht ertragen würde.

#### Die Friedensbedingungen für Deutsch-Oesterreich.

Verfaßt 24. Mai. Laut „Temps“ erörterte der Botschafter heute vormittag die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrags mit Oesterreich. Am Montag wird der Wiedergutmachungsausschuß mit den Delegationen der Tschecho-Slowakei, Südslawen, Polens und Rumäniens die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge bezüglich des Vertrages mit Oesterreich besprechen. Der „Temps“ glaubt, daß es sich darum handle, festzustellen, ob diese Staaten nicht nur einen Teil der österröichisch-ungarischen Kriegsschuld, sondern auch die von Oesterreich geschuldeten Wiedergutmachung zu übernehmen haben. Der „Temps“ teilt ferner mit, der Zeitpunkt für die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österröichische Delegation könne noch nicht festgelegt werden, da gewisse territoriale, militärische und wirtschaftliche Fragen immer noch nicht gelöst seien. — Das Komitee, das die österröichischen Vollmachten prüft, ist seit heute vormittag zur ersten Sitzung unter dem Vorsitz von Jules Cambon zusammengetreten.

Berlin, 25. Mai. Wie uns berichtet wird, sollen der deutsch-österröichischen Delegation die Friedensbedingungen in etwa fünf bis sechs Tagen überreicht werden. Was über sie in unrichtigen Kreisen verlautet, klingt bitter. Deutsch-Oesterreich wird danach kaum glimpflicher behandelt werden als wir. Man nimmt an, daß diese Bedingungen abzuwehren wirksamer werden auf den regen Eifer jener bunteckigen Wiener Schichten, die unter der wohlwollenden Förderung des Herrn Altz gegen die Anschlußfreunde und für die Donau-Subordination, also in Wahrheit für die Restauration Karls von Habsburg, intrigieren und agitieren.

#### Amerikanische Anlagen gegen Wilson.

Berlin, 23. Mai. Der „Abend“ berichtet nach einem Funkpruch aus Lyon ein Schreiben des Rates der amerikanischen Friedensdelegation Bullitt an Wilson, mit dem Bullitt seinen Austritt aus der Delegation begründet. Der Brief lautet:

Ich habe dem Staatsdepartement meine Entlassung als Mitarbeiter bei der amerikanischen Friedenskommission eingereicht. Ich bin einer der Millionen, die schäffellos Ihrer Führerschaft vertraut und glaube, Sie wollten nichts Geringeres als den dauernden Frieden erreichen und zwar auf der Grundlage einer selbstlosen Gerechtigkeit. Aber die Regierung hat sich nunmehr dazu entschlossen, die Leiden der Völker der Welt neuen Unterdrückungen und Verfühlungsangriffen auszusetzen, ein neues Jahrhundert des Krieges zu eröffnen. Ich kann mich nicht mehr davon überzeugen, daß die jetzige Regierung auf dem Weg zum Ziele einer neuen Weltordnung tatsächlich fruchtbar Arbeit geleistet hat. Russlands ausgesprochenen Beweis vom guten Willen ist unverständlich verhallt. Ungerechte Entschlüsse, wie die von Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, Saarbrücken und die Preisgabe wichtiger Freiheiten läßt unweigerlich zu neuen Konflikten. Nach meiner festen Ueberzeugung ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbund viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Die Vereinigten Staaten werden als Partner des Völkerbundes und durch das enge Einverständnis mit Frankreich in diesen Konflikt verwickelt werden.

Daher wäre es die Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten ihres Volkes und dem der Menschheit die Unterschrift und die Ratifikation des ungerichteten Vertrages durch Nichtbeitritt zum Völkerbund und damit ein engeres Zusammengehen mit Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzu bekannt, daß Sie sich selber den meisten der ungerichteten Abmachungen widersetzten und daß Sie ihnen nur unter stärkstem Druck beipflichteten. Trotzdem geht meine Ueberzeugung dahin, daß wenn Sie den Kampf anhalt hinter verschlossenen Türen auszukämpfen offen ausgesprochen hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gewesen wäre und diese Sie in die Lage versetzt hätte, allen Ansinnen zu widerstehen, mit denen Sie nicht einverstanden gewesen wären, und so wären Sie in der Lage gewesen, eine neue Weltordnung auf der breiten Grundlage allgemein gültiger Grundsätze von Recht und Gerechtigkeit zu errichten. In Wahrheit kämpfen Sie für unseren Untergang und es ist bedauerlich, daß Sie so wenig Vertrauen in die Millionen haben, die bei allen Nationen der Welt so denken wie ich.

#### Die Einnahme Rigas.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß eine große Offensiv der in Lettland stehenden Sowjetarmee eingeleitet habe. Ueber den Ursprung und Gang der Kämpfe besteht ein klares Bild in der deutschen Öffentlichkeit nicht, und die Befreiung Rigas von den Bolschewisten durch lettische Truppen kommt als eine Ueberschuldung, die man nach den Meldungen über die große bolschewistische Offensiv kaum erwarten dürfte. Deutsche Truppen sind an der Einnahme Rigas nicht beteiligt. Im übrigen wird man weitere Nachrichten abwarten haben, ehe die etwas unklaren Zusammenhänge deutlich werden können. Von Herrn Kähler, dem Vizepräsidenten der deutschen Gesandtschaft in Libau, geht uns folgende weitere Mitteilung über die Einnahme Rigas zu:

Libau, 23. Mai. Ueber die Einnahme Rigas sind bisher folgende Einzelheiten bekannt geworden: Der lettische Stotrupp, der Mitte April der Regierung Umanis

gestürzt hat, ist Donnerstag mittag von Schlock aus mit einer Batterie hinter den stehenden bolschewistischen Truppen her durch die Turulämpfe vorgegangen. Die Batterie ging im Galopp zuerst über die Dünenlichte, dann drängte der Stotrupp nach und besetzte zunächst die anliegenden Straßen. In der Stadt selbst fanden keine Kämpfe statt. Der Führer des Stotrupps, Baron Hans Wanteuffel, ist durch einen Gemeinshuß aus einem Hause gefallen. Im Laufe des Nachmittags legten die ersten lettischen Verbände der Landeswehr unterhalb Rigas über die Düne. Der Vorstoß der Landeswehr geschah mit solcher Kraft und Schnelligkeit, daß, soweit bisher zu übersehen ist, die Bolschewisten keine Massenfluchtungen und Verschleppungen mehr vornehmen konnten, wohl aber sind zahlreiche bolschewistische Kommissare gefangen worden. Im Ostteil Rigas wird noch gekämpft. Die noch in Lettland verbliebenen reichsdeutschen Truppen stehen sichtlich Rigas in Richtung Groß-Schwarbanske in schweren Abwehrkämpfen gegen die energisch angreifenden Sowjettruppen. Die in Libau weilende amerikanische Kommission hat die Befreiung Rigas mit lebhafter Genugtuung begrüßt und sofort 400 Tonne Mehl für die hungernde Bevölkerung hingeschickt. Heute abend beabsichtigt sie sich selbst nach Riga.

#### Kleine Nachrichten.

Berlin. Peterhof, das nur 21 Kilometer von Petersburg entfernt liegt, soll von einer aus russischen Freiwilligen zusammengesetzten Truppe unter Beteiligung von englischen Schiffen eingenommen worden sein.

Berlin. In einer großen sozialistischen Kundgebung in Kalland verkündigte Ferrar, wie dem „Sowärts“ berichtet wird, den 24. Maiigen Generalstreik der Sozialisten aller Länder als Protest gegen den von der Entente Deutschland angedrohten Gewaltfrieden.

Berlin. Die „Bolsche Weltung“ bringt unter dem 24. Mai die erste direkte Meldung ihres deutschen Vertreters in Rom.

Berlin. Der bayrische sozialdemokratische Landesparteiitag in Würzburg stimmte gestern mit 217 gegen 41 Stimmen dem Antrag des Ministeriums Hoffmann auf Bildung eines Koalitionsministeriums zu.

Berlin. Um der Beunruhigung unter der deutschen Bevölkerung Thorns wegen Loosierung von Westpreußen entgegenzutreten, eilt der Gouverneur der Festung Thorn eine Kundgebung, in der es heißt: Die Festung Thorn ist gegen alle Angriffe gesichert, sie ist und bleibt fest in deutscher Hand.

#### Aus Stadt und Bezirk.

Magold, 27. Mai 1915

**Vom Rathaus.** Die Einführung und Beendigung des neuen Gemeinderats findet in öffentl. Sitzung am Mittwoch 28. ds. vorm. 8<sup>1/2</sup> Uhr statt.

**Versammlung.** Wie wir sozusätzlich seit erfahren, ist Herr Stadtpfarrer Stemmler vom Bischof von Kallenburg auf die Pfarrei Buchau O. A. Kiedlingen beufen worden.

**Öffentliche Versammlung.** Am Sonntag, 1/3 Uhr war in die Turnhalle von einem Wahlkomitee zur Wahl zur Landeskirchenversammlung eine öffentliche Versammlung einberufen worden, die außerordentlich stark besucht war. Herr Dekan Pleiderer begrüßte die zahlreich Erschienenen, wies auf den Ernst der Zeit hin und auch auf die Schwere der Entschlüsse, die auf kirchlichem Gebiete demnächst gefaßt werden. Er führte sodann Herrn Prälat Dr. v. Kähler-Stuttgart ein, der in längeren Ausführungen einen ruhigen, fesselnden Vortrag über die Aufgaben der kirchlichen Landeskirchenversammlung hielt. Einleitend bemerkte der Redner, daß die Jahre, in denen er mit den Magoldern Feld und Freude teilte, wohl die schönsten gewesen seien. Nun habe man ihn hier als Kandidaten zur Wahl aufgestellt. Die evangelische Landeskirche wir eine neue Verfassung bekommen. Das Oberhaupt (Bischof) müsse auch gewählt werden. Es könnten auch Laien zu diesem höchsten Kirchensposten berufen werden, wenn ihre Persönlichkeit hinreichend Gewähr bietet. Ein Sekularismus müsse alle Glieder der Kirche verbinden, jedoch soll dem Einzelnen darin gewisse Grenzen gezogen werden. Der Redner ging hierauf noch ausführlich auf die Bekennnistfrage ein und veranschaulichte dies an der Hand von Beispielen plastisch. Auch die Schulfrage berührte er, besonders die Erteilung des Religionsunterrichtes von bekennnistreuen Lehrern. Dem Vortrag, der seinen Beifall fand, schloß sich eine Vorstellung des württembergischen Baur von Kienbach an. Nach einleitenden Worten des Herrn Dekan Pleiderer entwickelte dieser an der Hand von aufgestellten Fragen und Leitenden sein Programm. Er betonte dabei besonders, daß er auf positivem Boden stehe und für ein soziales Christentum sei. — Es wurde hierauf die öffentliche Aussprache zugelassen, von welcher auch Gebrauch gemacht wurde. Leider erging sich der letzte Diskussionsredner in unangebrachte, persönliche Reden einem andern Diskussionsredner gegenüber, was allgemeinen Unwillen hervorrief. Dadurch erlitt die so würdig verlaufene Versammlung am Schluß eine kleine Störung.

**Die feste Schreinerinnung des Oberamtbezirks Magold** hielt am letzten Samstag im Gasthof „Röhle“ in Magold eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von etwa 60 Mitgliedern besucht war. Obermeister Sabel begrüßte die anwesenden Kollegen und gab die Tagesordnung bekannt. Eingegangen sind 2 Schreiben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Gau Stuttgart, laut ihrem Inhalt wird die Regulierung der Löhne und der



106  
solche  
vorge-  
ber die  
nd be-  
Stadt  
Stoff-  
einen  
auf des  
de der  
Gehob  
lichkeit,  
in keine  
nehmen  
ommi-  
sch ge-  
Schau-  
erlich  
seltene  
Freitag  
400  
schick.

Peters-  
eigen  
sich zu

ung in  
berichtet  
in aller  
schland

er dem  
n Ver-

Landen-  
gen 41  
na auf

ruschen  
dresch  
Thorn  
horn ist  
in deut-

1915

Beidi-  
Sigung

erlangen,  
Katten-  
worden.

8 Uhr  
Wahl  
ammlung  
ung war.  
Geschle-  
auf die  
de dem-  
Prälat  
Ausfüh-  
gaben  
allein  
mit den  
gen ge-  
ten zur  
r) eine  
Bischof)

alen zu  
an ihre  
eantkeis  
oll dem  
n. Per  
entnis-  
and von  
gte er,  
es von  
en Bei-  
en Ran-  
stellen  
te dieser  
gen sein  
auf post-  
auf sel.  
—  
fen, von  
ging sich  
söhnliche  
was all-  
wichtig  
Bildung.

erant-  
Gasthof  
beramm-  
Ober-  
und gab  
Schreiben  
ort, laut  
und bez

Leuerungszulagen verlangt; ferner ging ein Schreiben ein von der Zahlstelle Nagold, laut dessen Inhalt sich der Nachstand zur Einführung in allen Betrieben verlangt (was durch gesetzl. Bestimmung schon geregelt ist). Ferner wird ein Mindestlohn von 1.60 M bis 1.80 M gefordert, sowie eine Nachzahlung ab 1. April von 30 M pro Stunde und ab 1. Mai eine weitere Nachzahlung von 10 M pro Stunde. Diese Forderungen wurden von den Arbeitgebern nicht anerkannt. Herr Zimmermann in Firma May in Altensteig erläuterte an der Hand schriftlichen Materials in längeren Ausführungen die bestehenden Lohnverhältnisse einsehl. der Turmzugzulagen. Es wurde festgestellt, daß die derzeitigen Löhne der Facharbeiter durchschnittlich 1.15 M nebst 30 M Turmzugzulagen, und bei Hilfsarbeitern 85 M und 25 M Turmzugzulagen betragen. Herr Wackerhüt in Altensteig teilte mit, daß er seine sämtlichen Leute am Sonntag den 17. Mai in seinem Büro, jeden einzelnen, fragte, ob er mit den jetzigen Lohnverhältnissen zufrieden sei; nicht einer habe etwas Gegenwärtiges geäußert. Tags darauf mußte er erfahren, daß sämtliche Arbeiter die in Altensteig beschäftigt sind, vom Montag den 19. Mai ab streikend werden, was tatsächlich soweit kam. Er nannte die Art und Weise nicht für männlich, zumal noch im Laufe der Woche mehrere unliebsame Sachen vorkamen, die mit dem Streik nichts zu tun hatten. Allgemein in der Besammlung wurde betont, daß im Nagoldtal viele Arbeitskräfte sind, die auf bessere Löhne nicht eingearbeitet sind. Dies betrifft hauptsächlich die jungen Leute, die bereits von der Lehre weg zum Dienststellen erlangt wurden, und in der besten Jugendzeit, in der sie hätte etwas lernen können mußten sie in den Krieg. Die besten und tüchtigsten Leute sind in den Großstädten in den besseren Industriezweigen. Auf einen Mindestlohn von 1.60 M bis zu 20 Jahren gingen die Arbeiter nicht ein, sondern verhandelten, daß solche Leute nur gegen beiderseitige Berechnung erfüllt werden. Herr Schnepf teilte mit, daß er mit dem arb. Sekr. Fischer aus Stuttgart die Arbeitslöhne geregelt habe dahingehend, daß er einen Höchsthundsmohn einschließlich Turmzugzulage mit 1.45 M vereinbart habe. Dieser Stundenlohn wurde auch von den anderen Meistern bewilligt. Dem anwesenden A.S. Göttschied aus Stuttgart wurde dies mitgeteilt, dieser bekräftigt, daß A.S. Fischer obige Vereinbarung eingegangen sei. Herr Schnepf beruft sich auf anwesend gewesene Zeugen. Da eine Einigung mit dem A.S. Göttschied nach oben angeführten Löhnen nicht zustande kam, wurde die Lohnfrage an den Schlichtungsausschuß verwiesen, zu welchem die Kollegen Zimmermann, Wackerhüt, Witz, Eshen, Schnepf und Kater bestimmt wurden. A.S. Göttschied empfahl den Arbeitern in Altensteig, am Montag den 26. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Meister jedoch erklärten, daß sie erst am Dienstag bereit seien, wieder arbeiten zu lassen. Es ist noch ein Schreiben von der Handwerkskammer Reutlingen eingegangen betr. Sozialisierung einiger Wirtschaftsbetriebe durch die Gemein- den. Letzteres wurde durch Protest einstimmig abgelehnt. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Kollegen nochmal für ihr gütliches Erscheinen und schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Arbeiterfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit ihren Abschluß finden möge.

**Waldbrand.** Am Sonntag abend gegen 6 Uhr brach in der hinteren Fichtenkultur am Schloßberg, wohl mutwillig angezündet, ein Waldbrand aus, der leicht hätte sehr gefährlich werden können, wenn er nicht sofort erlosch, durch das rasche und umsichtige Eingreifen des in der Nähe befindlichen Hofmeisters Sigbold und einiger anderer Personen geschicklich und so auf eine kleine Fläche beschränkt worden wäre. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß, wie einen Waldbrand wahrnimmt, so schnell als möglich dem Ortsvorsteher der nächsten Gemeinde Anzeige zu machen hat und jedermann verpflichtet ist, bei Löschung eines Waldbrandes Hilfe zu leisten, gleichgültig, ob es Staats-, Gemeinde- oder Privatwald ist.

**Fußballsp. t.** Vor einer für Nagolder Verhältnisse zahlreichen Zuschauermenge fanden sich am vorstehenden Sonntag auf dem Sportplatz der Seminar-Fußball- schule, und der Fußball-Club Nagold im Weisfeld gegenüber. Ehere stellte eine äußerst starke, gewandte Mannschaft, weshalb sie auch dieses Spiel mit 7 : 2 Toren gewinnen konnte.

**Ein trockener und heißer Sommer in Sicht.** Nach der Berechnung der Meteorologen rechnet man in diesen Kreisen mit einem sehr befriedigenden und heißen Sommer. Auch die Botaniker und Forstleute zeigen der gleichen Ansicht zu, da sie die alte, oft erprobte Baumregel, die sich auch 1911 bei dem heißen Sommer bestätigte, gelten lassen wollen: „Bleibt die Eiche vor der Eiche, hält der Sommer große Bleiche.“ Der Laub- und Nadel- ausbruch der Eichen, und zwar nicht nur bei den Wintern, sondern ebenso sehr bei den Sommeren, ist diesermal ganz besonders spät erfolgt. Die Eichen blühen in guten sonnigen Lagen schon längst, ehe die Eichen überhaupt ihre Blüthenrispen zu sprengen oemöchten. Die gleiche Erfahrung hat man im Frühjahr 1911 gemacht, weshalb man die alten Grundregeln als Beweis dafür ansehen will, daß wie einen trockenen und heißen Sommer erwarten.

**Mehr als 100 000 Anzeigen über Abwan- derung des Kapitals in Berlin.** Nach dem „Berl. Lokalanz.“ liegen der Berliner Steuerverwaltung allein über 100 000 Anzeigen über die Abwanderung des Kapitals in das Ausland vor. Die Schweiz erhebt im deutschen Gebiete die dortigen Banken wissen tatsächlich nicht mehr, wohin sie damit sollen. „Für alle diese Auslässe wird der kleine Mann letzten Endes haßbar sein. Er hat nicht die Olenkigkeit der Steuerbehörde gegenüber, wie die Kleins-

gewinnler und muß die Suppe auslöffeln, während jene sich ins Fäulnis lachen“, bemerkt dazu das genannte Blatt.

**13. Staatslotterie, 5. Kl., 13. u. 14. Ziehungs- tag.** Auf Württemberg gefallene Gewinne: 21. Mai 1919 3000 M auf Nr. 56 792, 188 353, 1000 M auf Nr. 31 051, 31 863, 174 222, 174 834, 175 177, 186 355, 187 149, 187 481, 500 M auf Nr. 30 967, 175 182, 176 425, 177 286, 177 598, 178 556, 184 276, 188 276, 188 254, 188 962, 188 964, 189 820, 200 716, 200 720. Außerdem 149 Gewinne zu 240 M. (Oben Gewinne). 22. Mai 1919 3000 M auf Nr. 177 602, 188 976, 189 954, 1000 M auf Nr. 177 870, 188 227, 186 965, 500 M auf Nr. 30 746, 31 095, 179 872, 184 214, 188 913, 187 878, 208 895. Außerdem 149 Gewinne zu 240 M. (Oben Gewinne).

**Gerichte und Landwirtschaft.** Wie in den Vor- jahren, so hat auch heuer das Justizministerium im Inter- esse der Volksernährung die Justizbehörden angewiesen, bei der Aburteilung von Verurteilungen in bürgerlichen Rechts- sachen, Strafsachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sowie bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft, zumal während der Anbau- und Erntezeit, tunlichst Rücksicht zu nehmen.

**Altensteig.** Ergebnis der Gemeinderatswahl: Von 1375 Wahlberechtigten haben 831 abgestimmt, ungültig waren 11 Stimmen. Die Deutsch-demokratische Partei erhielt 6, die Freie Wählervereinsigung 4 und die Sozial- demokraten 4 Sitze. Gewählt wurden auf 6 Jahre: Karl Luz, Gerber; Christian Piesch, Privatmann; Karl Koch, Schneider; Hans Schneider, Baumaterialienhändler; Karl Benner, Sattler; Fritz Haug, Konditor; Paul Beck, Kaufmann; auf 3 Jahre: Louis Beck jr., Gerber; Albert Waland, Bleichträger; Fritz Böhrer, Kleiderhändler; Herm. Kallendach, Silberwarenfabrikant; Hans Wala, Sparkassier; Fritz Köhler, Schreiner; Karl Kiermann, Schlossermeister.

**Eftringen.** In dieser Gemeinde wurde letzten Sonntag die Heimkehr der Krieger festlich gefeiert. Die Sammlung der Krieger und Festfeiernehmer fand Nach- mittags 1 Uhr vor dem Rathaus statt. In feierlichem Zug marschierten dieselben, die Schuljugend vorn, auf einen freien Platz auf dem Ort zu einem Festgottes- dienste bei welchem Herr Pfarrverweser Racine hier in ergreifenden Worten die Bedeutung der Heimkehrten zum Ausdruck brachte und der Gefallenen und Gefangenen sowie der Schwereu Trübsal gedachte.

**Aus dem übrigen Württemberg.**  
**Wüdingen.** Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl haben von 656 Wahlberechtigten 418 abgestimmt. Gewählt wurden auf 6 Jahre: Weiß, Karl, Gemeinderat; Raß, Fr., Bauer, Frank, Andr., Gemeinderat, Schwelker, Karl, Fuhrmann, Berrich, Gottl., Gemeinderat, Kuhn, Gottl., Bauer, Rodock, Karl, Bauer; auf 3 Jahre: H. v. Joh., Bauer, Harr, Gottl., Bauer, Luzian- land, Witz, Schwelker, Hiller, Christl, J. Löwen, Wagner, Sohn, Schneider, Gohmann Gg., Zimmerpolter, Luginard, Witz, Gottl. Sohn, Zimmermann.

**Hohdorf N. D.** Bei der am Sonntag statt- gefundenen Gemeinderatswahl haben von 591 Wahlberech- tigten 412 abgestimmt. Gewählt wurden von der Bürger- partei Gustav Witz, Zimmermeister mit 340, Christian Schuch, Steinhausmeister mit 315, Christian Seeger, Bauer mit 249, Paul Kauter, Bauer mit 249, Ernst Kog, Stein- hausmeister mit 246 und Karl Jakob Witz, Bauer mit 185 Stimmen. An die Stelle des letzteren, welcher or- dnungswirtschaftshalber nicht eintraten kann, tritt Christian Holz- mann, Kaufmann mit 155 Stimmen; von der Handwerker- partei Jonathan Kog, Wagnermeister mit 256 Stimmen, von der Sozialdemokratischen Partei Gustav Witz, Stein- hauer mit 332 und Gustav Kauter mit 272 Stimmen.

**Gödingen.** Bei der am 25. Mai hier statt- gefundenen Gemeinderatswahl haben von 333 Wahlberechtigten 295 abgestimmt. Es wurden von dem Wahlloos des örtlichen Bauvereins gewählt: Silvio Pfister, Bauer, Bernhard, Bauer, Heinrich Geisler, jetziger Gemein- derrat, Andreas Geisler, Bauer, Georg Bärle a Köhle, jetz. Gemeinderat, Stephan Koch, Schreiner, Johannes Wächter, jetz. Gemeinderat; von dem Wahlloos der Arbeiter, Kleinbauern und ehemaligen Kriegsteilnehmer wurden gewählt: Ulrich Bollinger, jetz. Gemeinderat, Peter Schneider, Bahnarbeiter, Mathias Weisstein, Fabrik- arbeiter, Johann Carl, Bahnarbeiter, Ferdinand Bärle, Gohlfelder.

**Gödingen.** Aus der Gemarkung zurückgekehrt ist dieser Tage Eugen Klenk, Bäder von hier. Derselbe wurde am 18. Oktober 1918 bei Le Château mit mehreren Kameraden von Amerikanern gefangen genommen, nach Kofejevo abtransportiert, wo er mit Halseinbänden beschlagnahmt wurde. Berpflung war gut und reichlich, sowie Behand- lung auch gut. Infolge einer im Felde erlittenen Gas- vergiftung, durch welche er beschwerden halte, wurde er mit einem größeren Krankentransport in seine liebe Heimat entlassen.

**Letzte Nachrichten.**  
Deutschland hat die Bedingungen betr. Auslieferung der U-Boote, namentlich reiflos erfüllt. Gestern hat das letzte U-Boot Kiel verlassen.  
Wie aus Amsterdam gemeldet wird, wurden in Bel- gien alle U-Boote zurückgerufen und im ganzen Lande eine allgemeine Mobilmachung angeordnet.

Polnische Meldungen besagen, daß nordöstlich von Lemberg zwischen Polen und Ukrainern eine entscheidende Schlacht geliefert wurde. Die ukrainischen Truppen wurden geschlagen und fliehen in wilder Aufstreuung.

Das Reichsamt wird gemeldet: In politischen Kreisen der Entente glaubt man, daß die Antwort auf die deutschen Gegen- schläge spätestens am 8. Juni der deutschen Dele- gation übergeben werde. Dann soll eine letzte Frist von 3 Tagen zur Annahme oder Nichtannahme gewährt werden. Im Falle der Nichtunterzeichnung durch Deutschland sollen sofort die militärischen Maßnahmen in Kraft treten. Gleich- zeitig werde man sich mit Baden, Württemberg und Bayern in Verbindung setzen, um Sonderverträge mit diesen Staa- ten zu schließen.

**Wetter am Mittwoch und Donnerstag.**  
Strichweise gewittrig, sonst trocken und mäßig warm.

Für die Schriftleitung verantwortlich Paul Sage, Nagold.  
Verlag u. Druck von G. W. Jägermann (Karl Jäger) Nagold.

**Anteiliges.**  
**Wirtschaftstechnische Abteilung des Arbeitsmini- steriums.** Landesverwertungsstelle für über- schüssiges Heeresgut.

Im Auftrag des Reichsverwertungsamts wird nach- stehend eine Bekanntmachung betr. Belohnung für Wieder- anschaffung abhanden gekommenen Heeresguts veröffentlicht mit dem Anfügen, daß zusätzlich zur Bearbeitung sämtlicher Belohnungsanträge für in Württemberg abgeleitetes wiedererlangtes Heeresgut die Landesverwertungsstelle für überschüssiges Heeresgut, Stuttgart, Gießhof 5/B, ist.

1. Für die Wiederanschaffung von abhanden gekom- menem Militärgut werden Belohnungen in Prozenten des durch Abschätzung festzustellenden Wertes des wiedererlangten Gutes ausgesetzt.
- Solche Belohnungen sollen erhalten:
- a) Die Finder von verlorenem Heeresgut,
  - b) diejenigen Personen, die in ihrem Gewohrham be- findliches Heeresgut abliefern, sofern sie nicht gegen eine gesetzliche Ablieferungsfrist verstößen haben oder verstoßen,
  - c) diejenigen Personen, die durch Anzeigen oder Mit- teilungen zur Wiedererfassung von abhanden gekom- menem Heeresgut beitragen,
  - d) die mit der Bewachung und Wiedererfassung von Heeresgut dienlich beauftragten Personen, sofern sie infolge einer besonderen Tätigkeit ausschlaggebend zum Erfolge beigetragen haben.

Ueber die Zahlung einer Belohnung entscheidet die zuständige Behörde unter Ausschluß des Rechtszuges. Eine Zahlung erfolgt nicht eher, als durch die beteiligende Tätig- keit die zukünftige Behörde tatsächlich und rechtlich in die Lage versetzt worden ist, über das Heeresgut wieder zu verfügen.

2. Die Höhe der Belohnung wird wie folgt berechnet:

Wert des erfaßten Heeresguts:	Prozentlage
bis Mk. 1000 —	einschl. bis 10 v. H.
1000 — bis 10000 M	5 — 7 „
10000 — „ 100000 „	3 — 5 „
100000 — „ 500000 „	2 — 3 „
500000 — „ 1000000 „	1 — 2 „
1000000 — „ und mehr	1/2 — 1 „

Die Berechnung der Belohnungen erfolgt nach dem Prozentsatz derjenigen Stelle, zu welcher der geschätzte Ge- samtwert des durch eine einheitliche Handlung wiederer- langten Heeresgutes gehört.

Sind mehrere Personen an der Wiederheranschaffung beteiligt, so ist das Reichsverwertungsamt Abt. III und die dazu von ihm bestimmten Stellen berechtigt, die aus den angegebenen Prozentsätzen sich ergebenden Beträge nach Maßgabe der Tätigkeit des Einzelnen nach eigenem Er- messen zu verteilen. Die Entscheidung ist unanfechtbar. So- weit dienstlich beauftragte Personen dabei in Betracht kommen, wird bei Berechnung des Anteils das ihnen zu- stehende feste Gehalt berücksichtigt.

3. Anträge auf Auszahlungen von Belohnungen sind an die Zweigstellen des Reichsverwertungsamts zu richten. Zusätzlich ist diejenige Zweigstelle, in deren Verwaltungs- bezirk das wiedererlangte Heeresgut zur Ablieferung gelangt ist.

4. Der Antragsteller hat der Zweigstelle den Nachweis über die tatsächliche Wiedererfassung von Militärgut und über seine damit verbundene Tätigkeit zu erbringen. In diesem Zweck werden alle Behörden, denen Antragsstellen für Militärgut nach Maßgabe der Verordnung vom 14. Dezember 1918 unterstellt sind, sowie im Einvernehmen mit dem Reichsministerium sämtliche für eine Anweisung von Heeresgut in Frage kommenden militärischen Dienststellen ersucht, dem Antragsteller eine Bescheinigung über die Art seiner Tätigkeit auszustellen.

5. Die Abschätzung des Wertes des wiedererlangten Militärgutes geschieht durch das Reichsverwertungsamt oder durch seine Zweigstellen. deren Entscheidung ist endgültig.

6. Die vorstehende Bekanntmachung findet Anwendung auf alle Fälle, in denen wiedererlangtes Militärgut nach dem 16. April 1919 zur Ablieferung gelangt und tritt mit dem 31. Dezember 1919 außer Kraft sofern nicht eine Ver- längerung öffentlich bekannt gemacht wird.

7. Die Verfügung des Reichsverwertungsamts vom 15. Januar 1919 betr. Auszahlung von Belohnung für Wiedererfassung von Kraftwagen, Kraftfahrzeugen, Dampf- zugmaschinen, Dampfloktraktoren, Dampfzugmaschinen, Dampfmaschinen, Motorboote, Anhängern, Beleuchtungswagen, sowie Zubehörteilen und Betriebsmitteln zu diesen Fahr- zeugen tritt außer Kraft und wird durch vorstehende Be- kenntmachung ersetzt.

Klaiber.

